

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

22.02.2018

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 25. Sitzung**

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 22. Februar 2018

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 21:38 Uhr  
Ort: Kaisersaal der Stadthalle Greifswald

**Anwesenheit**

Herr Ibrahim Al Najjar  
Frau Ulrike Berger  
Herr Dr. Ullrich Bittner  
Herr André Bleckmann  
Herr Ulf Burmeister  
Frau Rita Duschek  
Herr Rudi Duschek  
Herr Frank Embach  
Frau Yvonne Görs  
Frau Marion Heinrich  
Herr Axel Hochschild  
Herr Heiko Jaap  
Herr Wolfgang Jochens  
Herr Dr. Jörn Kasbohm  
Herr Dr. Andreas Kerath  
Herr Jörg König  
Herr Nikolaus Kramer  
Herr Alexander Krüger  
Herr Christian Kruse  
Herr Thomas Lange  
Herr Jürgen Liedtke  
Frau Karola Lüptow  
Herr Peter Madjarov  
Herr Dr. Thomas Meyer  
Herr Peter Multhauf  
Herr Thomas Mundt  
Herr Christoph Oberst  
Herr Dr. Sascha Ott  
Herr Milos Rodatos  
Herr Dr. Ulrich Rose  
Frau Dr. Mignon Schwenke  
Frau Birgit Socher  
Herr Dr. Rainer Steffens  
Herr Erik von Malottki  
Frau Brigitte Witt  
Frau Dr. Monique Wölk  
Herr Ingo Ziola

**Entschuldigt**

Herr Professor Dr. Frank Hardtke  
Herr Lutz Jesse  
Herr Egbert Liskow  
Herr Ludwig Spring  
Herr Professor Dr. Thomas Treig  
Frau Katja Wolter

**Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Aktuelle Stunde  
Zukunft des Theaters Vorpommern  
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4
6. Beschlusskontrolle
7. Beratung der Beschlussvorlagen
  - 7.1. Besetzungen
    - 7.1.1. Besetzung Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft  
*CDU-Fraktion*
    - 7.1.2. Besetzung Ortsteilvertretung Ostseevierviertel  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
    - 7.1.3. Besetzung Aufsichtsrat Stadtwerke  
*CDU-Fraktion*
    - 7.1.4. Besetzung Aufsichtsrat Greifswalder Parkraumgesellschaft (GPG)  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
    - 7.1.5. Besetzung eines Sitzes im Fachbeirat der Witenö GmbH
    - 7.1.6. Besetzung Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
    - 7.1.7. Besetzung Regionaler Planungsverband  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 7.2. Bestellung der Integrationsbeauftragten  
*Dez. I, Amt 10*
  - 7.3. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*André Bleckmann, Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses*
  - 7.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters  
*Dez. I, Amt 20*
  - 7.5. Bebauungsplan Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße - ;  
Satzungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 7.6. Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße -, Zustimmung zum Masterplankonzept der UTB  
*Dez. II, Amt 60*

- 7.7. „nette Toilette“  
*Fraktionen CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, SPD*
- 7.8. Trauorte  
*CDU-Fraktion*
- 7.9. Einführung ökologischer Baubegleitung  
*Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP*
- 7.10. Digitales Arbeiten  
*CDU-Fraktion*
- 7.11. Fachbeirat Greifswald Marketing GmbH  
*SPD-Fraktion*
- 7.12. Spielplatz Friedrichshagen  
*Herr Detlef Göring, Vorsitzender der OTV Friedrichshagen*
- 7.13. Hausboote auf dem Ryck  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
- 7.14. Priorisierung Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen Greifswald  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
- 7.15. Bekämpfung der Wildschweinplage in Greifswald  
*Fraktion DIE LINKE, Frau Heinrich i.V. für OTV Riems*
- 7.16. Schaffung von ausreichenden Kita-Plätzen  
*SPD-Fraktion*
8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
10. Mitteilungen der Präsidentin
11. Schluss der Sitzung

**TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit****Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . sagt, dass vor kurzem Herr Klaus Leupold, ein ehemaliges Mitglied der Ortsteilvertretung Ostseevierviertel und des Aufsichtsrates der Greifswalder Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft mbH verstorben sei. Er habe über 10 Jahre in der Ortsteilvertretung mitgearbeitet und darunter auch einige Zeit als stellvertretender Vorsitzender.
- . bittet die Bürgerschaft sich zu einer Schweigeminute zu erheben und Herrn Leupold zu gedenken.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Bild- und Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche.  
Das ist nicht der Fall.

**TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung****Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . berichtet, dass sich das erweiterte Präsidium darauf geeinigt hätte, die nachträgliche Vorlage „Umbesetzungen“ (06/1355) auf die Tagesordnung der Bürgerschaft zu setzen.
- . informiert darüber, dass es neue Versionen zu TOP 7.7. und 7.13 gebe. Außerdem liege ein Änderungsantrag zu TOP 7.16 vor.  
Die nachträgliche Vorlage solle unter TOP 7.1.8 eingeordnet werden.

Weiteren Änderungsbedarf gibt es nicht.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 11.12.2017**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

*Herr Oberst nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr Dr. Seils**

. geht auf die Thematik „Campingplatz“ ein.

Da er damals einer der Initiatoren gewesen sei, dass an dieser Stelle für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ein Campingplatz errichtet werde, liege ihm dieses Anliegen nach wie vor am Herzen.

. bietet an, zwischen dem Eigentümer des Campingplatzes und der Stadtverwaltung zu vermitteln, damit der Campingplatz zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder geöffnet werden könne, um weiteren Schaden für den Tourismus abzuwenden.  
Sollte es zu einer erneuten Vorlage kommen, bittet er, um Zustimmung zum Verkauf der städtischen Fläche, die ohnehin von den Flächen des Campingplatzbesitzers umschlossen seien.

#### **Frau Lenz**

. begrüßt im Namen des Frauenbeirates den geplanten Kita-Gipfel am 14.03.2018.  
. macht deutlich, dass die Bürgerschaft sich nicht länger aus der Verantwortung ziehen könne, in dem sie sage, sie sei nicht zuständig.  
. weist darauf hin, dass der Frauenbeirat es für wichtig halte, dass der Kita-Gipfel offen gestaltet werde. Das heiße, nicht nur die in der Einladung aufgeführten Personen sollen beteiligt werden, sondern auch betroffene Eltern. In diesem Zusammenhang würde sich auch der Frauenbeirat über eine Einladung freuen.  
. fragt, ob es sich bei der Beratung am 14.03.2018 nur um den Beginn handele oder ob weitere Gespräche folgen würden.

#### **Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass es in zwei Stunden Beratung unmöglich sei, alle Probleme zu lösen. Daher diene der Kita-Gipfel viel mehr dafür, erst einmal zu versuchen, eine Bestandsaufnahme zu bekommen. Die aktuelle Lage sei zahlenmäßig – bis auf einzelne Ausnahmen – nicht bekannt. Es solle gemeinsam mit dem Landkreis analysiert werden, wie groß das Defizit sei und was in den nächsten Monaten oder Jahren passiere. Im zweiten Schritt solle nach Möglichkeiten gesucht werden, um Hindernisse zu vermeiden. Der Frauenbeirat werde noch eine Einladung erhalten.

#### **Herr Dr. Möller**

. gibt zu TOP 7.8 „Trauorte“ die Anregung, auch die Moschee der islamischen Kulturgemeinde als anerkannten Trauort aufzunehmen.

### **TOP 5.**

#### **Aktuelle Stunde**

#### **Zukunft des Theaters Vorpommern**

#### **auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4**

#### **Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
. weist auf die Festlegungen der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bezüglich der Aktuellen Stunde hin.

#### **Frau Berger**

. führt in das Thema der Aktuellen Stunde ein.  
. gibt einen kurzen Rückblick auf die bisherigen Ereignisse bezüglich der Problematik des Theaters.  
. kritisiert, dass das Land die gemeinsamen ausgehandelten Tarifsteigerungen aus dem letzten Jahr nicht zahle.  
. bemängelt, dass kein Vertreter aus der Landesregierung bei dieser Sitzung anwesend sei, um in einen gemeinsamen Austausch zu treten.  
. sagt, dass es Zeit sei,

- dass nicht nur in Hinterzimmern Meinungen gebildet und wieder verworfen werden, ohne sich jedoch wirklich und richtig zu positionieren.
- für eine transparente Debatte.
- für Resultate. Ein Alternativkonzept liege vor und müsse angepasst werden.
- nach 24 Jahren die Theaterfinanzierung endlich zu dynamisieren.

### **Der Oberbürgermeister**

. macht klar, was ein Theater für die Gesellschaft bedeute.  
 . zeigt auf, wie lange das Theater bereits existiere und welche geschichtlichen Ereignisse es schon überstanden habe.

. macht darauf aufmerksam, dass man nicht 24 Jahre mit einer unveränderten Finanzierung wirtschaftlich überleben könne. Jeder akzeptiere steigende Löhne und Materialkosten. Doch vom Theater erwarte man, dass man über Jahrzehnte mit gleichbleibenden Mitteln gleichbleibende Leistung erbringen könne.

1994 seien die Theater Vorpommern (Stralsund, Greifswald, Putbus) bereits fusioniert. Etwas später habe es einen Gehaltsverzicht der Mitarbeiter gegeben. 2016 erreichte er ca. 17 Prozent unter dem Flächentarifvertrag. Jedoch könne dies nicht ewig so weiter gehen.

Trotz allen Problemen und Unsicherheiten habe das Ensemble immer wieder ein hervorragendes Programm geboten.

. freut sich, dass im Theatergipfel am 18.12.2017 das Land erstmals bereit gewesen sei, eine Alternative in den Blick zu nehmen.

Trotzdem sei die 2015 durch die Bürgerschaft beschlossene Zielvereinbarung immer noch Grundlage des Handelns.

. skizziert den vorliegenden Alternativvorschlag grob:

Der Grundgedanke des Modells sei der Verzicht auf Personalabbau unter Wahrung der Eigenständigkeit des Theaters Vorpommern. Gleichzeitig hieße das: keine kurzfristige Rückkehr zum Flächentarifvertrag.

Bausteine des Vorschlags:

1. Das Land erhöhe seinen jährlichen Basiszuschuss um 900 TEUR. Für die letzten 24 Jahre gesehen, bedeute dies eine Dynamisierung von weniger als ein Prozent pro Jahr.
2. Die Mitarbeiter akzeptieren eine sehr langfristige Angleichung an den Flächentarifvertrag.
3. Kommunen und Land würden in die Dynamisierung einsteigen und würden damit die jährlichen „normalen“ Tarifsteigerungen, die die Gewerkschaften aushandeln, finanzieren.

Die Städte Greifswald und Stralsund hätten signalisiert, dass sie sich eine Steigerung um 100 TEUR pro Jahr vorstellen könnten.

4. Freiwillige Kooperationen zwischen verschiedensten Theatern in Mecklenburg-Vorpommern könnten Spielraum für weitere Erhöhungen geben.

Die Gesellschafter des Theaters Vorpommern hätten dieses Modell bei einer Betriebsversammlung und in einem Gespräch mit den Gewerkschaften und Betriebsräten vorgestellt und hätten eine grundsätzliche Bereitschaft vorgefunden, über diesen Vorschlag nachzudenken.

Die Region Mecklenburgische Seenplatte erhalte seit 2017 fast 1 Mio. EUR zusätzlich zum Betrieb der Deutschen Tanzkompanie.

In Vorpommern werde eine Gleichbehandlung erwartet.

. bittet das Land dringend um schnelle Einigung und bittet die Fraktionen um Signalisierung, ob sie sich vorstellen könnten, in diese Dynamisierung einzusteigen.

### **Frau Socher**

. liegen zwei Anträge auf Rederecht vor – zum einen für Herrn Löschner (Intendant und Geschäftsführer der Theater Vorpommern GmbH) und zum anderen für Herrn Dr. Aumüller (stellvertretender Vorsitzender der „Hebebühne - Verein zur Förderung sozialer Kommunikation und Integration“).

### **Frau Berger**

. beantragt Rederecht für Herrn Otto (Vertreter des Betriebsrates) und Frau Nolde (Vertreterin der Gewerkschaft „Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) r.V.“).

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die vier eben genannten Personen Rederecht erhalten sollen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

### Herr Dr. Aumüller

. gibt einen zahlenmäßigen Überblick über die Besucher und Veranstaltungen des Theaters.

Getragen von vier starken Säulen (Theater, Universität, Kirche und Pommersches Landesmuseum) habe die Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine reiche für fast alle bezahlbare Kulturszene. Kultur und Theater würden das Heimatgefühl in der Region stärken.

Was das Theater an zusätzlichen finanziellen Mitteln erhalten habe, seien Nothilfen und Projektzuschüsse. Das Land fordere nur weitere Einsparungen im jährlichen Etat und bessere Bezahlung der Mitarbeiter durch schrittweise Annäherung an die Flächentarifverträge. Auch jetzige Einsparungen, die ein langjähriges Weiterbestehen ermöglichen sollen, könnten daher wieder nur Einsparungen beim Personal betreffen.

. fordert keinerlei Einschnitte bei der Qualität des Theaterangebots.  
Bisher scheine es so, dass alle sogenannten Einsparungen bei Fusion oder Kooperation durch Mehrausgaben für Gäste, Reisen und den Fuhrpark aufgebraucht werden.  
. fordert die Politiker dazu auf, sich für das Theater einzusetzen.

### Herr Löschner

. sagt, dass die jahrelange fehlende Zuschusserhöhung einen schleichenden Kulturabbau beinhalte. 105 Stellen habe das Theater Vorpommern seit 1994 nach der Fusion verloren. Erst 2012 sei damit Schluss gewesen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden unter ständiger Unsicherheit dennoch Höchstleistung erbringen, die vom Publikum auch überregional in immer höherem Maße anerkannt werden würde. Die erhöhten Besucherzahlen würden zeigen, dass dieses Theater benötigt werde.

Seit Jahrzehnten seien die Investitions- und Sachkostenbudgets zurückgefahren oder eingefroren, was beispielsweise zu veralteten technischen Anlagen/Betriebsmitteln und maroden Gebäuden führe. In drei Jahren Fusionsvorbereitung dürften Stellen nur befristet besetzt werden.

. benennt einige Lichtblicke: Sanierung des Stralsunder Theaters aus städtischen Mitteln, Erhöhung der Zuschüsse der kommunalen Träger 2017, Kommunen übernehmen auch für 2018 die anteiligen Kosten der Tarifierhöhungen, Inbetriebnahme zweier neuer Probestüben an der Thronpost in Greifswald.

Die aktuellen Haustarifverträge würden bis zum 31.07.2018 reichen.

Am 19.12.2017 habe das Finanzministerium mitgeteilt, dass ab sofort nur noch Basiszuschüsse für die Theater des Ostens gewährt werden würden. Die Folgen daraus seien:

- kein ausgeglichener als auch kein beschlossener Wirtschaftsplan für 2018
- keine Basis für Haustarifvertragsverhandlungen für die Zeit ab August 2018
- akute Insolvenzgefahr für die Theater Vorpommern GmbH

. fragt sich, warum es unmöglich erscheine alle vorpommerschen Landtagsabgeordneten zusammenzurufen und mit ihnen einen Antrag auf eine Änderung der aktuellen Politik des Landes einzureichen. Dieses Zeichen könnte die Regierung kaum ignorieren.

Die Deutsche Tanzkompanie werde aus einem anderen Landesetat gerettet. Wo bleibe eine vergleichbare Initiative aus Vorpommern?

In der Zielvereinbarung hätten sich Neubrandenburg und Neustrelitz dazu verpflichtet, ihre Zuschüsse zum Theater jährlich um je 400 TEUR anzuheben. Somit ständen der TOG jährlich 1,75 Mio. EUR mehr zur Verfügung, als zu Beginn des Prozesses. Somit benötige die TOG die Fusion nicht mehr und hätte daher am 18.12.2017 einen Ausstieg aus der Fusion initiiert.

Diese Abläufe habe es schon einmal gegeben, als Rostock aus dem Fusionsprozess mit Schwerin im April 2013 ausgestiegen sei. Daraufhin habe sich das Land als Gesellschafter am Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin beteiligt. Inzwischen gebe es dort Tariflöhne und eine weitgehende stabile Finanzierungs- und Gesellschafterstruktur.

. gibt als Anregung: Warum könne dies kein Weg für das Theater Vorpommern sein? Das Kooperationsmodell sollte eine goldene Brücke sein, über die gesichtswahrend alle gehen können. Ohne deutlich zusätzliche Landesmittel sei es jedoch nicht möglich, das Theater zu retten.

### **Herr Otto**

. berichtet, dass es seit 10 Jahren zahlreiche Sitzungen gebe.

Der Landesregierung sollte bewusst sein, dass die Theater finanziell nicht so ausgestattet seien um langfristig noch gutes Theater möglich zu machen. Bei jeder denkbaren Variante laufe es immer darauf hinaus, dass das Land mehr Zuschüsse gewähren müsse.

. fragt sich, warum die Landesregierung bereit wäre, für eine Fusion zu zahlen – auch viel mehr Geld, als bisher eingeplant – aber für eine Eigenständigkeit oder Kooperationen sei sie nicht bereit Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Belegschaft des Theaters Vorpommern sei bereit, ihren Beitrag zur Eigenständigkeit des Theaters zu leisten. Jedoch werde ein langer und hoher Verzicht nicht mehr ewig geduldet. Man bräuchte endlich verlässige Zusagen, wie es mit dem Theater Vorpommern weitergehe.

. fordert, dass beim nächsten Theatergipfel im April 2018 auch wieder mal die Intendanten, Gewerkschaften und Betriebsräte dazu eingeladen werden.

. bittet die Gesellschafter sich für das Theater einzusetzen.

Das Theater müsse eigenständig der kulturelle Leuchtturm in Vorpommern bleiben.

### **Frau Nolde**

. sagt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Theater es endlich leid seien. Sie würden sich machtlos fühlen und hätten ständige Angst den Arbeitsplatz zu verlieren bzw. vor den Veränderungen, wie der Arbeitsplatz später aussehen werde.

Die Mitarbeiter seien jedoch an der derzeitigen Situation völlig schuldlos.

Der Vertrauensverlust in politische Entscheidungen sei sehr groß. Die Arbeitsplätze der Künstler seien auf eine rechnerische Größe reduziert worden.

Dazu komme ein Vertrauensverlust in bereits verabredete, aber nicht eingehaltene Haustarifvertragsinhalte.

Die Mitarbeiter hätten seit 20 Jahren das Theater durch Verzicht auf 15 Prozent Gehalt mitfinanziert. Die notwendigen Rückstellungen seien jedoch nicht eingestellt worden.

Ein Haustarifvertrag sei eigentlich ein sogenannter „Nottarifvertrag“, der eine Verschlechterung für die Mitarbeiter mit sich bringe. Der Grund für das Abschließen solcher Verträge sei, dass die Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz sichern wollen und dadurch die Notsituation für einen bestimmten Zeitraum von den Mitarbeitern mitgetragen werde.

Hier sei jedoch der Notzustand zum Dauerzustand und zur Ausgangsbasis neuer vom Land gewünschter Kürzungen geworden.

All das führe dazu, dass viele Menschen das Theater verlassen.

. bittet, dass die unwürdigen Diskussionen endlich beendet werden und eine Diskussion auf Augenhöhe begonnen werde.

Diese Situation sei eine seelische Belastung unter der man eigentlich gar keine Kunst mehr machen könne. Erstaunlicherweise habe das Theater seine Besucherzahlen in diesem Zeitraum steigern können.

. bedauert, dass es kein einziges persönliches Gespräch mit dem Minister über die Zukunft der Theater mit den Gewerkschaften gegeben habe.

Die Bereitschaft zu einer Kooperation sei weiterhin vorhanden, jedoch müsse man über den Weg, die Gehälter und Dynamisierungen der Theateretats reden.

**Herr Dr. Steffens**

- . findet es schade, zu dem Thema „Zukunft des Theaters“ bisher recht wenig gehört zu haben, da der Blick meistens auf die Vergangenheit gerichtet gewesen sei.
- . fragt sich, wann konkret vorgestellt werde, wie die Kooperation aussehen solle. Was sei in den letzten Jahren passiert? Woraus werde die Hoffnung genährt, dass diese Problematik in den nächsten Wochen beseitigt werde?
- . bittet der Bürgerschaft in den nächsten Wochen konkret vorzustellen, wie es weitergehen solle.
- . teilt mit, dass die CDU-Fraktion bereit sei, eine Dynamisierung der Zuschüsse mitzutragen, aber dies stehe unter dem Vorbehalt, dass die Mitgesellschafter des Theaters ebenfalls eine Dynamisierung mittragen würden.
- . hält noch einmal dazu an, die Mitglieder der Bürgerschaft über die geplanten Schritte zu informieren – gerade auch im Hinblick auf den nächsten Doppelhaushalt.

**Frau Dr. Schwenke**

- . merkt an, dass ein Ziel der Theaterreform gewesen sei, die Zeit der Haustarife und der Selbstausschüttung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Theaters zu beenden. Fortschritte können jedoch nur erreicht werden, wenn mehr Geld von den Trägern und dem Land gegeben werde. Ein massiver Personalabbau könne nicht im Interesse der Menschen sein. Ein Theater, bei welchem die Mitarbeiter mehr unterwegs als auf den Bühnen seien, gehe zulasten der Qualität.
- An den Landtagsabgeordneten von Vorpommern würde diese gemeinsame Aktion nicht scheitern. Es seien bereits mehrere Versuche unternommen worden.

**Herr Dr. Kerath**

- . fasst zusammen, dass es im Kern der bisherigen Diskussionen immer um die Frage gegangen sei: Wer sei bereit, wie viel zu geben bzw. was sei ihm das Theater wert? Die Fusion sei nun gestorben, weil die CDU-Landtagsfraktion 1 Mio. EUR an allen anderen Theatern vorbei an die Tanzkompanie gegeben habe.
- . sagt, dass seine Fraktion für folgende Punkte stehe:
  1. Das Theater müsse in der Form, wie es ist – mit allen Sparten und allen Mitarbeitern –, erhalten bleiben.
  2. Der Verzicht der Mitarbeiter auf den Gehaltsunterschied zum Flächentarifvertrag müsse alsbald abgebaut werden. Die weitere Bezahlung unterhalb des Tarifes müsse der Vergangenheit angehören.
  3. Der Zuschuss für das Theater müsse jährlich entsprechend der allgemeinen Preissteigerungen erhöht werden.

Aber man müsse auch sagen, woher das Geld genommen werden solle. Wenn freiwerdende Stellen nachbesetzt werden sollen, benötige man Gründe, weshalb Menschen in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kommen sollen. Ein wesentlicher Grund solle hier das Theater sein. Dieses werde einen wesentlichen Nutzen für die Wirtschaft mit sich bringen. Daher sei es auch folgerichtig, dass sich die Wirtschaft an den erhöhten Aufwendungen beteilige.

Man werde um Steuererhöhungen nicht herum kommen – insbesondere der Gewerbesteuer.

Die SPD-Fraktion werde das Land bitten, sich seiner Verantwortung zu stellen.

**Herr Dr. Meyer**

- . sagt, dass Greifswald sich zu den 100 TEUR bekennen müsse.
- . geht auf die Überschüsse des Landes von 300 Mio. EUR ein.
- . findet, dass man sich dafür einsetzen sollte, dass ein Großteil dieses Geldes in die Kultur, Schulen und Bildung investiert werde.
- . wünscht sich, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald als Gesellschafter aufgenommen werde.
- Wichtig sei, dass ein Wirtschaftsplan aufgestellt werde, damit das Theater wieder planen könne.

**Herr Krüger**

- . befürwortet Herrn Dr. Meyers Redebeitrag.
- . ist von Herrn Dr. Steffens Redebeitrag überrascht, denn der Oberbürgermeister habe im Vorfeld mehrfach über die Situation informiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 spreche sich für eine Dynamisierung um 100 TEUR pro Jahr fortlaufend aufgestockt aus. Es gestalte sich natürlich schwierig, da man sich beispielsweise in der letzten Sitzung der Bürgerschaft auch darauf geeinigt habe, die Sportvereine zu unterstützen.
- . glaubt nicht, dass die Kommunen daran Schuld seien, dass die Verhandlungen nun schon vier Jahre andauern.
- . sagt, dass das Theater sowie die Vereine wichtig seien.

**Herr Dr. Kasbohm**

- . schickt voraus, dass sich alle einig seien, dass das Theater an der Region keine Lokalsondern eine Regionalaufgabe sei.
- . spricht im Namen der Fraktionen DIE LINKE aus Stralsund, Vorpommern-Rügen und Greifswald.
- . spricht sich für ein starkes Theater mit vier Sparten in der Region an allen drei Standorten aus.
- . weist darauf hin, dass kein Tarifvertrag entstehen solle, der auf Spartenstreichung zur Finanzierung der Tarife basiere. Dies beinhalte nämlich Kulturabbau. Es sei jedoch versprochen worden, dass durch eine Fusion kein Kulturabbau entstehen werde. Man solle die Bereitschaft zur Dynamisierung nicht nur aussprechen, sondern diese auch schriftlich fixieren. Stralsund habe die entsprechenden Mehrsummen im Doppelhaushalt 2018/19 schon festgehalten. Nun sei Greifswald am Zug. Man müsse nach mehr Möglichkeiten suchen, das Theater in der Region noch tiefer zu verankern und neue Kooperationsfelder zu eröffnen. Auch das Theater müsse sich an die gegenwärtige Zeit anpassen.

*Herr Burmeister, Herr Bleckmann, Herr Dr. Ott und Herr Hochschild nehmen während des TOPs an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**TOP 6. Beschlusskontrolle**

keine Anmerkungen

**TOP 7. Beratung der Beschlussvorlagen**

**TOP 7.1. Besetzungen**

**TOP 7.1.1. Besetzung Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft**

06/1313 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B661-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft beruft Myrthe Stahlkopf und Florian Meier als stellvertretende Mitglieder im Ausschuss für Bildung, Universität, Wissenschaft ab und ernennt stattdessen Walter Noack und Christian Weller.*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

*Herr Multhauf, Frau Berger, Herr Dr. Kasbohm und Herr Dr. Ott sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.1.2. Besetzung Ortsteilvertretung Ostseeviertel**

06/1316 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B662-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

*Herr Klaus Leupold wird aus der Ortsteilvertretung Ostseeviertel abberufen.  
 An seiner Stelle entsendet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4. Herrn Alexander Krüger in die Ortsteilvertretung.  
 Herr Alexander Krüger wird damit als Stellvertreter für die Ortsteilvertretung Ostseeviertel abberufen.*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Herr Al Najjar ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.1.3. Besetzung Aufsichtsrat Stadtwerke**

06/1314.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B663-25/18

**Herr König**

. sagt, dass das Kerngeschäft der Stadtwerke Greifswald GmbH einfach zusammengefasst die Erzeugung und Versorgung von Elektrizität, Wärme und Wasser beinhalte. Bei dieser Erzeugung werde auch CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Bei der Diskussion über die Vorlage des Masterplans 100% Klimaschutz sei klar geworden, dass Herr Kruse nicht glaube, dass CO<sub>2</sub> einen Einfluss auf den Klimawandel habe und vor allem dass es keinen menschengemachten Einfluss auf das Klima gebe.  
 . wird daher dieser Vorlage nicht zustimmen können.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*Die Bürgerschaft beschließt:  
 Herr Christian Kruse wird als Nachfolger für Herrn Liskow, der sein Mandat niedergelegt hat, für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald GmbH benannt. Er ist durch die Gesellschafterversammlung als Aufsichtsratsmitglied zu bestellen.*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	7	5

*Herr Al Najjar ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.1.4. Besetzung Aufsichtsrat Greifswalder Parkraumgesellschaft (GPG)**

06/1315.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B664-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:*

*Der Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Greifswalder Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft mbH wird angewiesen, einen Beschluss zur Abberufung von Herrn **Klaus Leupold** aus dem Aufsichtsrat der GPG zu fassen.*

*Frau **Bettina Bruns** wird anstelle von Herrn Klaus Leupold als Mitglied für den Aufsichtsrat der GPG benannt. Sie ist durch die Gesellschafterversammlung als Aufsichtsratsmitglied zu bestellen.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	4

*Herr Al Najjar ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

#### TOP 7.1.5. Besetzung eines Sitzes im Fachbeirat der Witeno GmbH

06/1350 Die Präsidentin der Bürgerschaft  
B665-25/18 . ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
. sagt, dass es bisher einen Vorschlag der CDU-Fraktion gebe: Herr Jürgen Liedtke.

**Herr Dr. Kasbohm**

. schlägt Frau Yvonne Görs vor.

Frau Socher lässt über die Vorschläge abstimmen:

Ergebnis:	Herr Jürgen Liedtke	Frau Yvonne Görs	Enthaltungen
	13	21	2

„ Die Bürgerschaft beschließt, Frau Yvonne Görs in den Fachbeirat der Witeno GmbH zu entsenden.“

#### TOP 7.1.6. Besetzung Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald

06/1334 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B666-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau **Mareen Alex** wird als sachkundige Einwohnerin aus dem Werksausschuss Abwasserwerk Greifswald abberufen.

An ihrer Stelle wird Herr **André Carls** als Sachkundiger Einwohner in den Werksausschuss entsandt.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	5

#### TOP 7.1.7. Besetzung Regionaler Planungsverband

06/1333 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B667-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Herr **Milos Rodatos** wird aus dem Regionalen Planungsverband abberufen.

An seiner Stelle wird Herr **Alexander Krüger** als neues Mitglied entsandt.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	4

#### TOP 7.1.8. Umbesetzungen

06/1355 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B668-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- Herr David Wulff wird Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur**. Herr

*Ludwig Spring scheidet aus.*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Herr Kramer nimmt an der Sitzung der Bürgerschaft teil.*

**TOP 7.2. Bestellung der Integrationsbeauftragten**

06/1332 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B669-25/18 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß § 13 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

*Frau Anna Gatzke*

*ab dem 01.03.2018 zur Integrationsbeauftragten.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	8	4

**TOP 7.3. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**

06/1063.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B670-25/18

**Herr Bleckmann**

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . bedankt sich insbesondere bei Frau Vahl und Frau Holz für die geleistete Arbeit.

Punkt 1 der Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.  
 Frau Socher lässt über Punkt 2 der Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.*
2. *Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 zeitnah auszuräumen.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	zur Kenntnis genommen		
	mehrheitlich	0	1

*Herr vom Malottki ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters**

06/1256 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B671-25/18

**Der Oberbürgermeister**

- . bringt die Beschlussvorlage ein.
- . spricht allen Beteiligten seinen Dank aus.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2012 festzustellen.
2. gemäß § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2012 zu erteilen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

#### TOP 7.5. **Bebauungsplan Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße - ; Satzungsbeschluss**

06/1293

B672-25/18

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

#### **Herr Multhauf**

- . begründet, weshalb er sich gegen die Vorlage ausspreche.
  - Greifswald könne man nicht mit Bonn vergleichen.
  - Es gebe bereits genügend Möbelmärkte in Greifswald und Neuenkirchen.
  - Die Errichtung dürfe nicht auf Kosten der bestehenden Fachmärkte erfolgen.
- . sagt, dass in der Vorlage noch ein Gartenbaumarkt erwähnt werde. Dieses Unternehmen werde sich nun jedoch nicht mehr dort ansiedeln.
- . möchte wissen, welches Unternehmen stattdessen für die Fläche geplant sei.
- . geht auf die Thematik Fitnessstudios ein. Aus seiner Sicht gebe es in Greifswald genügend Fitnesszentren.

#### **Herr Wilde**

- . sagt, dass mit diesem Beschluss Baurecht und damit ein Angebotsrecht geschaffen werde. Was sich letztendlich innerhalb der B-Plan-Grenzen realisieren könne, könne man noch nicht sagen. Es werde mit dem Beschluss nicht festgelegt, welcher konkrete Händler dort einziehe.

#### **Herr Madjarov**

- . sagt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 nicht einer Meinung sei.
- . weist Gegenargumente zu Herrn Multhaufs Ausführungen auf:
  - Bonn oder Greifswald sei unerheblich, da es sich bei der Nutzungsverordnung um Bundesrecht handle.
  - Greifswald sei das Oberzentrum und nicht Neuenkirchen.
  - Die Bürgerschaft entscheide nicht über den Bedarf, welche Zentren in Greifswald benötigt werden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs und des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in

Kenntnis setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I, S. 3634) sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V S. 344), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 07. Juni 2017 (GVOBl. M-V, S. 106), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den Bebauungsplan Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – , bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Mit dem Beschluss des Bebauungsplans Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – als Satzung erfolgt für den im Plan (Anlage 2) entsprechend gekennzeichneten Bereich eine Ersetzung der Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 37 – Anklamer Straße – durch die Festsetzung des 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße –.
4. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – wird gebilligt (Anlage 3).
5. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss des Bebauungsplans Nr. 109 – Fachmarktzentrum Anklamer Landstraße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	7	4

## TOP 7.6.      **Bebauungsplan Nr. 55 – Hafestraße -, Zustimmung zum Masterplankonzept der UTB**

06/1295 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B673-25/18

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

### Herr Dr. Ott

. sagt, dass die CDU-Fraktion sich für die grundsätzliche Bauplanung der Hafestraße ausspreche. Jedoch müsse ein solches Verfahren transparent durchgeführt werden.

. stellt folgende Fragen:

- Wie und wie lange werde sich das Gesamtbauvorhaben verzögern, dadurch dass ein Wunschbebauungsplan aufgestellt worden sei?
- Wie viele Wohnungen sollen nun eigentlich und in welchen Segmenten später zur Verfügung stehen?
- Gibt es dafür klare Vereinbarungen?
- Welche Angebote gebe es für Menschen, die ein Einfamilienhaus bauen wollen?
- Wenn es keine Angebote gebe – warum nicht?
- Wie sei sichergestellt, dass auch Greifswalder Bürger ohne viel Geld die Möglichkeit haben, Eigentum zu erwerben?
- Was sei mit Ferienwohnungen?
- Seien Ferienwohnungen möglicherweise dort geplant, wo eigentlich Wohnungen entstehen sollen?
- Oder sollen Gewerbeobjekte letztendlich als Ferienwohnungen Niederschlag finden?
- Auf welche Weise sichere die Stadt die Bedingungen des Anhandgabevertrages ab insbesondere was den sozialen Wohnungsbau betreffe?
- Wie sehe die Gestaltung des Quartieres aus?
- Warum setze die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kein Zeichen für ein innovatives und zukunftsweisendes Bauen?
- Wieso gebe es hierfür keine Architekturwettbewerbe, durch die die Möglichkeit bestände, unter verschiedenen Produkten auszuwählen?
- Wie sei der Stand der Verhandlungen zwischen der Wohnungsbau- und

- Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald, der Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG und dem Pommerschen Diakonieverein e. V.?
- Welche gesellschaftsrechtliche Form der Zusammenarbeit sei geplant?
  - Seien hier ggf. noch Zustimmungen erforderlich, die bisher nicht beachtet worden seien?
  - In welchem Anteilsverhältnis sollen die beteiligten Partner in dieser Projektentwicklungsgesellschaft arbeiten?
  - Für welchen Preis werde die WVG mbH zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus Eigentum erwerben können?
  - Sei der Verwaltung bekannt, wie die Mobilitätszentrale betrieben werde?
  - Werde sich die Stadt personell oder mit sachlichen Mitteln beteiligen?
  - Sei der Stadt bekannt, dass in der Mobilitätszentrale, die von Autos und Dienstleistungen genutzt werden solle, ein Kindergarten entstehen solle?
  - Beteilige sich die Stadt möglicherweise über den Eigenbetrieb „Hanse-Kinder“ an diesem Kindergarten?
  - Sei es wirklich sinnvoll, ein Dienstleistungszentrum, welches von verschiedenen Dienstleistungen, wie beispielsweise DHL genutzt werde, in eine solche zentrale Lage zu bringen oder sei ein Dienstleistungszentrum nicht eher am Stadtrand anzusiedeln?
  - Biete die Mobilitätszentrale eigentlich ausreichend Platz für alle Parkplatzsuchenden – also für alle Anwohner mit einem Auto, die dort bauen oder wohnen wollen?
  - Werde dann auch die Parkplatzzsatzung eingehalten?
  - Wie sei der Verhandlungsstand bezüglich der Zufahrt zur Mobilitätszentrale?
  - Gebe es ein schlüssiges Verkehrskonzept oder liegen zumindest die ersten Ansatzpunkte vor?
  - Sei bereits ein Gutachten auf den Weg gebracht?
  - Gebe es erste Reaktionen darauf?
  - Wie lasse sich die Verkehrsberuhigung im Bereich Marienstraße mit dem Anwohnerverkehr in Übereinstimmung bringen?
  - Was werde für die Anwohner an den Wurthen getan?
  - Wie sei sichergestellt, dass die Fernwärme kontinuierlich gezogen werde?
  - Oder sei möglicherweise ein Ausstieg auch mit KfW 55 geplant?
  - Wer betreibe ggf. das Fernwärmenetz innerhalb des B-Plan-Gebietes?
  - Wie sei sichergestellt, dass Spiel- und Sportmöglichkeiten auch von allen genutzt werden können?
  - Wie werde später die Betreuung und Unterhaltung der Flächen und Straßen dauerhaft sichergestellt?
  - Wer habe am Werkstattverfahren konkret teilgenommen?
  - Haben die Teilnehmer Kosten für die Teilnahme am Werkstattverfahren aufbringen müssen?
  - Wenn ja, in welcher Höhe und auf welcher rechtlichen Grundlage?
  - Welche zeitliche Perspektive entstehe aufgrund der Nachverhandlungen?
  - Was sei mit Nachverhandlungen mit der UTB gemeint?
  - Gebe es weitere Punkte oder weitere Änderungswünsche, die die Firma UTB mit Blick auf den Anhandgabevertrag habe?
  - Liege mittlerweile ein Nachweis der geschlossenen Finanzierung vor?
  - Sehe sich die Verwaltung in der Lage, das B-Plan-Gebiet zeitnah eigenständig zu erschließen?

#### **Frau von Busse**

. geht auf einzelne Fragen ein:

- Verzögerungen

Es sei angedacht, dass die Verwaltung vor dem Sommer den Auslegungsbeschluss für den dritten Durchgang vorlegen werde. Derzeit gehe man von keinen Verzögerungen aus.

- Ferienwohnungen  
Dies sei intern mit der UTB und den Projektpartnern besprochen worden. Es gebe Einigkeit darüber, dass im gesamten Gebiet keine Ferienwohnungen entstehen sollen.
- Absicherung der Bedingungen des Anhandgabevertretes  
Die Kaufvertragsverhandlungen, in denen man so etwas sichere, bzw. die Überlegungen zur Eintragung ins Grundbuch seien noch nicht weiter verfolgt worden. Derzeit sei man noch beim Werkstattverfahren.
- Verkehrskonzept  
Es habe Gespräche mit dem benachbarten Eigentümer gegeben, der nun auch sein Gebiet entwickeln wollen würde. Er habe zugesichert, dass er zumindest den ÖPNV durch sein Gebiet durchfahren lassen wolle. Es solle keine Abkürzung oder Umgehungsstraße für die Europakreuzung entstehen. Dementsprechend solle auch nach verkehrstechnischen Maßnahmen gesucht werden.
- Straße „An den Wurthen“  
Perspektivisch sei geplant, diese auszubauen. Einen Zeitplan und konkrete Planungen seien noch nicht erarbeitet worden.
- Nachverhandlungen  
Das Verkehrswertgutachten für das Gebiet habe nicht – wie im Anhandgabevertrag erwartet – zum 01.11.2017 vorgelegen, sondern erst danach. Daher greife die Formulierung aus dem Anhandgabevertrag, dass es nun zu Nachverhandlungen bzgl. der Frist komme. Um welche Fristen es sich konkret handele, könne nur nichtöffentlich mitgeteilt werden.

**Herr Dr. Boemer** (Geschäftsführer UTB Greifswalder Projektentwicklungsgesellschaft mbH)

. sagt, dass er bereits mehrfach der CDU-Fraktion angeboten habe, mögliche Fragen in einer Fraktionssitzung zu beantworten.

. versucht einzelne Fragen zu beantworten:

- Sicherung des sozialen Wohnungsbaus durch Anhandgabevertrag  
Der Anhandgabevertrag habe die Funktion Forderungen aufzustellen. Wenn diese Forderungen erfüllt seien, werde ein Kaufvertrag abgeschlossen.
- Stand der Verhandlungen zur Ryck-Projektentwicklungsgesellschaft  
Es gebe mehrmals Treffen mit der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald, Wohnungsbau-Genossenschaft Greifswald eG und dem Pommerschen Diakonieverein e. V.. Nun sei eine Rechtsform gefunden worden, die es ermögliche, dass sich alle Projektbeteiligten an dieser Gesellschaft beteiligen können. Den Grundstücksteilen werden bestimmte Beteiligungsquoten zugeordnet, welche dann auch den prozentualen Anteil der Gesamtschließungskosten ausmachen. Eine Beteiligung der Stadt sei bisher nicht vorgesehen.
- Parkplatzsituation  
Die Anzahl, die gemäß Stellplatzschlüssel gefordert werde, werde erbracht.
- Kosten des Werkstattverfahrens  
Das Werkstattverfahren sei gemeinschaftlich auf der Basis eines Vertrages finanziert worden. Die bisherigen Kosten seien in einem sehr überschaubaren Bereich. Daran habe sich die WVG mbH mit fünf Prozent beteiligt.
- Nachweis der geschlossenen Finanzierung  
Eine geschlossene Finanzierung könne man nur beibringen, wenn Planungsrecht bestehe. Diese liege bisher nicht vor und daher sei auch eine geschlossene Finanzierung derzeit nicht möglich. Außerdem handele es sich hierbei um eine Forderung, die zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Grundstückskaufvertrag vorliegen müsse.
- Gestaltung des Quartiers  
Über die Architektur werde gesprochen, wenn das Masterplankonzept beschlossen worden sei und der neue B-Plan-Entwurf vorliege.

- Angebote für Eigenheime  
Dies sei im derzeitigen Konzept grundsätzlich nicht vorgesehen. Es handele sich hierbei um ein innerstädtisches Quartier.
- Fernwärme  
Im Anhandgabevertrag sei festgelegt, dass vorrangig die Fernwärme zu nutzen sei. Dies werde auch versucht, umzusetzen. Man setze sich grundsätzlich dafür ein, den KfW-55-Standard einzuhalten. Gemeinsam mit den Stadtwerken Greifswald müsse ein Konzept entwickelt werden, um diese Standards umzusetzen.

#### **Herr Madjarov**

- . hält das Projekt für sehr transparent.
- . befürwortet die verkehrstechnische Anbindung über den B-Plan 55 A.
- . findet die bisherige geplante Gestaltung sehr gelungen.
- . spricht sich für die Mobilitätszentrale aus. Diese Idee sei zukunftsweisend und vereinige viele Funktionen, die für eine moderne Mobilität wichtig seien. Gebiete mit Einfamilienhäusern gebe es in Greifswald schon sehr viele. Man brauche auch Wohngebiete in denen urbanes Wohnen ermöglicht werde. Die Mobilitätszentrale passe auch optisch sehr gut in dieses Gebiet hinein.

#### **Frau Dr. Wölk**

- . spricht sich für dieses Bauvorhaben aus.
- . gibt einen Rückblick auf die bisherige Entstehung dieses B-Plan-Gebietes. 60 Prozent der Wohnungen würden von gemeinnützigen oder städtischen Unternehmen bereitgestellt werden. 20 Prozent der Wohnungen werden Mieten im Bereich des sozialen oder bezahlbaren Wohnraums aufweisen. Das Quartier solle eine große Aufenthaltsqualität enthalten – geprägt durch Grünflächen und Parkflächen. Eine Kindertagesstätte sei für dieses Gebiet geplant. Ein Quartiersmanagement, ein Hausmeisterservice, ein Paketdienst und ein Mobilitätsdienst stünden u. a. allen Bewohnern dort zur Verfügung.
- . fordert die Mitglieder der Bürgerschaft dazu auf, der Vorlage zuzustimmen.

#### **Herr Dr. Kasbohm**

- . sagt, dass die Verwaltung das Projekt gefördert habe. Daher habe er ein hohes Vertrauen in dieses Projekt. Man habe nun die Chance, Modelle zu finden, um einen Mietpreis von unter 8 EUR/m<sup>2</sup> zu realisieren. Durch dieses Projekt habe man die Möglichkeit, dass junge und alte Menschen mit den unterschiedlichsten Einkommen und den verschiedensten Lebensmodellen zusammen leben können.
- . bittet um Unterstützung dieser Vorlage.

#### **Herr Hochschild**

- . geht auf die Mietpreise ein. Es sei bisher immer die Rede von bis zu 7,50 EUR/m<sup>2</sup> und davon 20 Prozent für 5,50 EUR/m<sup>2</sup> gewesen.
- . sagt, dass die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen werde. Die Fraktion lehne die verdichtete Bebauung ab. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept besage, dass in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 3000 Wohnungen und davon 1/3 Eigenheime bzw. Reihenhäuser fehlen würden. Diese Zahl solle auch im B-Plan-Gebiet 55 umgesetzt werden. Die Zukunft werde zeigen, dass ein Mietpreis von 7,50 EUR/m<sup>2</sup> und davon 20 Prozent für 5,50 EUR/m<sup>2</sup> nicht realisierbar sei.

#### **Herr Krüger**

- . sagt, dass die CDU-Fraktion dann zu jedem B-Plan Änderungsanträge stellen müsse, um die Forderung nach sozialem Wohnungsbau aufrecht zu erhalten. Dieses Projekt sei etwas ganz neues für die Stadt, welches sich durch innovatives

Denken auszeichne.

#### Herr von Malottki

. ist der Meinung, dass Greifswald eine Stadt sei, in der der Mietpreisanstieg gestoppt und bezahlbarer Wohnraum in allen Stadtteilen gewährleistet werden solle. Dieses Projekt setze diese Vorstellung um. Es solle eine Gesellschaft geben, in der verschiedene Menschen mit unterschiedlichen sozialen und finanziellen Hintergründen zusammen leben können. Man müsse dafür kämpfen, dass es im Innenstadtbereich nicht nur Mieten ab 10 EUR/m<sup>2</sup> gebe. Daher werde es die 20 Prozent sozialen Wohnungsbau geben. . plädiert für interfraktionelle Zusammenarbeit.

#### Herr Bleckmann

. sagt, dass die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP das Projekt grundsätzlich begrüße. Jedoch würden die Parkplätze ein Problem darstellen, welches im Innenstadtbereich sowieso bereits bekannt sei. Der Parkplatzmangel entstehe bereits, bevor die erste Wohneinheit gebaut worden sei. Für die Zuwegung müsse das Gebiet an den Wurthen überplant werden. Damit würden hier bereits viele bisher genutzte Parkflächen entfallen. Es seien 700 Wohneinheiten geplant, jedoch nur 450 Stellplätze vorgesehen. Selbst wenn die zehn Angebote des CarSharing in die Berechnung einbezogen werden würden – wobei ein solches Fahrzeug für fünf reguläre Fahrzeuge stehe - komme man auf eine zusätzliche Summe von 50 und damit auf ein Parkplatzangebot von 500 Stellplätzen. Nach der Auffassung der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP sei diese Anzahl viel zu gering. . fragt sich, warum dieses Areal nicht mit einem größeren Mobilitätszentrum versehen werde, in dem mehr Parkplätze vorhanden seien. Wenn alle Parkplätze ausgelastet seien, werde die Situation in der Innenstadt nicht weiter verschärft. Sollten weniger Parkplätze benötigt werden, könne man das Mobilitätszentrum in Wohnraum umbauen. Die Fraktion fordere daher ein größeres Mobilitätszentrum.

#### Herr König

. fragt, ob es sich hierbei um einen Änderungsantrag der Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP handele. . kritisiert, dass die CDU-Fraktion sich nun gegen die verdichtete Bebauung ausspreche.

#### Frau von Busse

. stellt klar, dass es nicht so sei, dass in einem B-Plan nur Eigenheime und in einem anderen nur verdichtete Bebauung durchgesetzt werde. Es werde immer in alle Bereiche geplant. Ob es sich hierbei immer um sozialen Wohnungsbau handele, müsse man prüfen. Außerdem weise die Verwaltung selbstverständlich in den eigenen Bereichen, aber auch Investoren bei einem größeren B-Plan-Gebiet, darauf hin, dass Kita-Flächen eingeplant werden sollen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stimmt dem in Anlage befindlichen Masterplankonzept der UTB Greifswalder Projektentwicklungsgesellschaft mbH für den Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße - zu und beauftragt die Verwaltung zur bauplanungsrechtlichen Umsetzung des Masterplankonzeptes mit dem Entwurf (3. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 55 – Hafenstraße -.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	13	0

**TOP 7.7. „nette Toilette“**

06/1270.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B674-25/18

**Herr Jochens**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Gastronomie insbesondere an Orten mit erhöhtem Bedarf (z.B. Innenstadt, Eldena) dazu beitragen kann, das Angebot an gut zugänglichen Sanitäranlagen zu verbessern. In die Prüfung können sowohl bestehende Systeme (z.B. „Nette Toilette“) als auch eigene Ansätze einbezogen werden.*

*Eventuelle kommunale Kosten sind dann im Rahmen der Haushaltsdiskussionen für den kommenden Doppelhaushalt 2019/2020 vorzustellen. Eine Einbindung der Greifswalder Marketing GmbH in die Umsetzung des Anliegens ist ebenfalls zu prüfen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	0

**TOP 7.8. Trauorte**

06/1271 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B675-25/18

**Herr Dr. Steffens**

. geht auf die Anregung des Bürgers aus dem TOP 4 ein. In der Vorlage seien bisher keine Orte in Kirchen oder religiösen Einrichtungen berücksichtigt. Es gebe die Trennung zwischen standesamtlicher und kirchlicher Trauung und dabei solle es bleiben. Daher übernehme die Fraktion diese Anregung nicht.

**Herr Al Najjar**

. befürwortet diese Vorlage.

Derzeit gebe es in Greifswald lediglich die Möglichkeit im Standesamt zu heiraten. In anderen Städten gebe es bereits zahlreiche alternative Trauorte. Auch in Greifswald gebe es viele schöne Plätze für die Trauung.

**Herr Dr. Rose**

. weist darauf hin, dass in diesem Antrag das Wort „insbesondere“ enthalten sei. „Insbesondere“ bedeute, dass man diese Punkte zwar berücksichtigen sollte, aber nicht nur ausschließlich. Die Liste der hier aufgezählten Trauorte sei nicht abgeschlossen und könne auch im Nachhinein erweitert werden.

**Frau von Busse**

. bedankt sich bei Herrn Dr. Rose für diesen Hinweis.

. stellt klar, dass die Verwaltung sich nicht dagegen sperre, Außenstellen für Trauungen einzurichten. Jedoch bestünden Hinderungsgründe, wie beispielsweise eine Überdachung oder eine Toilette in der Nähe. Bei manchen hier aufgezählten Orten seien diese Erfordernisse nicht gegeben. Daher würde die Verwaltung diesen Antrag auch als Prüfauftrag handhaben. Es seien im Vorfeld verschiedene Fragen zu klären und Mindestvoraussetzungen zu überprüfen.

**Frau Socher**

. macht auf Anregung von Herrn Bleckmann folgenden Vorschlag:

„Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt **zu prüfen**, Außenstellen des Standesamtes zur Durchführung der standesamtlichen Eheschließung einzurichten. ...“

Die CDU-Fraktion übernimmt diese Änderung.

**Herr Kramer**

. sagt, dass es sich hierbei um eine standesamtliche Trauung handele, die auch im Standesamt durchzuführen sei. Jeder, der eine andere Trauung wünsche, könne dies nach der Durchführung des Verwaltungsaktes, gerne umsetzen.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wird beauftragt zu prüfen, Außenstellen des Standesamtes zur Durchführung der standesamtlichen Eheschließung einzurichten. Hierbei sind die Ortsteile Wieck und Eldena zu berücksichtigen. Insbesondere das Kloster Eldena, das Strandbad Eldena, das Hafenamts Wieck und das Segelschulschiff „GREIF“ sind als solche „Trauorte“ außerhalb des Rathauses zu prüfen.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

**TOP 7.9. Einführung ökologischer Baubegleitung**

06/1273 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B676-25/18

**Herr Dr. Meyer**

. beantragt Rederecht für Herrn Markus Kolbe – sachkundiger Einwohner für die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP –, da er die Vorlage einbringen werde.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob Herr Kolbe, als sachkundiger Einwohner die Beschlussvorlage einbringen darf:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	wenige

**Herr Kolbe**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Frau Socher**

. fragt, wer die geforderten Gutachter bezahlen solle.

**Frau von Busse**

. weist darauf hin, dass die Verwaltung im Vorfeld eine Stellungnahme abgegeben und darauf hingewiesen habe, dass die Vorlage so geschrieben sei, dass immer eine Baubegleitung erfolgen solle – vorausgesetzt es seien Bäume vorhanden. Diese Baubegleitung nehme jedoch auch Geld der Stadt in Anspruch. Der Ansatz, dass damit in der Verwaltung Geld gespart werde und Mitarbeiter entlastet werden würden, sei daher definitiv falsch.

. weist darauf hin, dass in der Vorlage ausgewiesen sei, dass es keine finanzrechtlichen Auswirkungen gebe. Dies sei nicht korrekt.

**Herr Wixforth**

. sagt, dass die Verwaltung mit dem Ziel vollkommen einverstanden sei. Mit dieser Vorlage solle jedoch eine Zwangsmaßnahme eingeleitet werden und hier sei die Bürgerschaft nicht befugt, darüber zu entscheiden. Die Bürgerschaft sei auch nicht zuständig, wenn die Stadtverwaltung die untere Naturschutzbehörde wäre. Die

ökologische Baubegleitung sei ein Instrument des Naturschutzrechtes. Die Verwaltung habe bei der unteren Naturschutzbehörde im Landkreis nachgefragt und diese sei derselben Meinung. Sie warne davor, für jede Baumaßnahme eine ökologische Baubegleitung zu organisieren. Dies bringe sehr viel Verwaltungsaufwand mit sich. Die Stadt sei hier definitiv nicht zuständig und die Bürgerschaft erst recht nicht, da es sich hierbei um eine Angelegenheit des übertragenen Wirkungskreises handele. Seitdem die Universitäts- und Hansestadt Greifswald keine kreisfreie Stadt mehr sei, sei der Landkreis und hier nur die Landrätin zuständig. Es könne daher lediglich ein Appell erfolgen.

. rät dringend davon ab, dieser Beschlussvorlage zu folgen.

Bei dem Bauprojekt Gleis 4 habe es eine ökologische Baubegleitung gegeben, die jedoch nichts genützt habe. Letztendlich komme es auf die Bauleiter und die Arbeiter vor Ort an.

#### **Herr Multhauf**

. kritisiert die Einbringung durch einen sachkundigen Einwohner.

. hatte beim Neubau der Erwin-Fischer-Schule den Eindruck, dass die Verwaltung die Beseitigung der Bäume und Sträucher sehr verantwortungsvoll durchgeführt habe.

. lehnt die Beschlussvorlage ab.

#### **Herr Dr. Kerath**

. stellt klar, dass die Bürgerschaft nicht über etwas abstimmen könne, wofür sie nicht zuständig sei.

. fragt nach, ob trotzdem über die Beschlussvorlage abgestimmt werden solle, obwohl deutlich gemacht worden sei, dass dies rechtlich nicht zulässig sei.

Die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP wünscht dennoch eine Abstimmung.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„Die Bürgerschaft beschließt, dass Bauvorhaben auf dem Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald künftig mit unabhängiger ökologischer Baubegleitung durchgeführt werden, wenn durch das Bauvorhaben Bäume betroffen sind, die gemäß der §§ 18 oder 19 des Gesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) oder der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Baumschutzsatzung) geschützt sind.*
2. *Nach Abschluss jedes Bauvorhabens ist der Genehmigungsbehörde über die ökologische Baubegleitung zu berichten.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	mehrheitlich	einige

### **TOP 7.10. Digitales Arbeiten**

06/1299 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B677-25/18

#### **Herr König**

. fasst zusammen, dass sich die Vorlage damit beschäftigt, dass Mitglieder der Bürgerschaft Endgeräte zum digitalen Arbeiten geschenkt oder finanziert bekommen sollen. Dafür habe er wenig Verständnis. Von den Aufwandsentschädigungen, die jede Person erhalte, könne sich jeder selbst ein Endgerät anschaffen.

#### **Herr Burmeister**

. stimmt seinem Vorredner zu.

Außerdem würden die Fraktionen Fraktionszuwendungen erhalten.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Auf der Informationsveranstaltung der Verwaltung am 06.12.2017 zum Thema Allris wurde deutlich, dass eine effektive Arbeit mit dem neuen Ratsinformationssystem nur dann möglich ist, wenn allen Bürgerschaftsmitgliedern und sachkundigen Einwohnern entsprechende Endgeräte zur Verfügung stehen. Daher soll die Verwaltung prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, um den Bürgerschaftsmitgliedern und den sachkundigen Einwohnern den optimalen Zugang zum neuen System und dem digitalen Arbeiten zu ermöglichen und mit welchen Kosten dies jeweils verbunden wäre. Dabei sollen vor allem drei Varianten betrachtet werden:

- 1) Anschaffung/Kauf und kostenlose Zur-Verfügungstellung der Endgeräte durch die Stadt an die Nutzer (Bürgerschaftsmitglieder und sachkundige Einwohner).
- 2) Quotale Teilung der Anschaffungskosten zwischen Stadt und Nutzern (dabei muss auch die Frage bedacht werden, wie mit Nachrückern umgegangen wird).
- 3) Anschaffungskosten werden durch die Nutzer aufgebracht, welche dann durch eine sog. „Digitalisierungspauschale“ in Höhe von 10 € pro Ortsteil-, Ausschuss- und Bürgerschaftssitzung an diejenigen Nutzer, die vollständig auf Papier verzichten, erstattet wird.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	mehrheitlich	einige

#### TOP 7.11. Fachbeirat Greifswald Marketing GmbH

06/1305.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B678-25/18

**Herr Dr. Kerath**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Mundt**

. sagt, dass im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen festgelegt worden sei, dass ein halbjährlicher Bericht erfolgen solle. Auch sehe der Ausschuss die Erweiterung des Fachbeirates als nicht notwendig an. Es sei bereits ein Mitglied der Bürgerschaft in diesem Beirat und ansonsten seien nur fachkundige Personen vertreten. Die CDU-Fraktion werde daher die Vorlage ablehnen.

**Herr von Malottki**

. erklärt, dass sich die SPD-Fraktion ursprünglich einen Aufsichtsrat gewünscht habe, der die finanzielle Kontrolle erhöhe und andererseits eine stärkere inhaltliche Ausgestaltung durch die Bürgerschaft garantiere. Aufgrund der Diskussion im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen habe sich die Fraktion entschlossen, eine stärkere Kontrolle der finanziellen Aufstellung zu gewährleisten. Dadurch sei der Aufsichtsrat nicht mehr als notwendig erschienen. Durch eine Erhöhung des Einflusses der Fraktionen aufgrund einer Erweiterung des Fachbeirates könne die finanzielle und inhaltliche Komponente kontrolliert und verbessert werden. Die Idee sei, dass sich die Bürger stärker in der Greifswald Marketing GmbH einbringen können.

**Herr Dr. Steffens**

. sagt, dass im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen darauf hingewiesen worden sei, dass die Vorlage im nichtöffentlichen Teil behandelt werden sollte, um mögliche Mitteilungen in der Presse zu vermeiden.  
. kritisiert, dass die Aufgaben eines Aufsichtsrates und eines Fachbeirates ständig durcheinander gebracht werden würden.  
. hält die Entsendung weiterer Mitglieder für nicht sinnvoll.

**Herr Rodatos**

. findet es schade, dass bei der Einbringung nicht deutlich geworden sei, dass es mit der

Erweiterung des Fachbeirates darum gehen sollte, zusätzliche Impulse durch Mitglieder der Bürgerschaft in den Beirat zu geben.  
 Der Beirat könne unter der Maßgabe erweitert werden, dass dort nicht über Zahlen diskutiert werde, da dieser Fachbeirat wirklich zur fachlichen Arbeit diene. Die finanzielle Kontrolle müsse dann in der Bürgerschaft stattfinden.  
 . sieht in dem Gremium „Fachbeirat“ keine Zukunft. Wenn mehr Geld in die Greifswald Marketing GmbH investiert werde, werde auch eine verstärkte Kontrolle benötigt.  
 Die Aufstockung des Fachbeirates könne dazu dienen, zu prüfen, ob tatsächlich ein Aufsichtsrat benötigt werde oder, ob es noch eine andere Möglichkeit gebe.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin der Greifswald Marketing GmbH die Geschäftsordnung für den Fachbeirat der Greifswald Marketing GmbH dahingehend zu ändern, dass die Zahl der Mitglieder des Fachbeirates auf 15 erhöht wird, wovon 7 Mitglieder von der Bürgerschaft zu entsenden sind.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	19	14	3

Es gibt eine Anfrage von Frau Berger, ob eine Pause gewünscht sei.  
 Dies wird mehrheitlich verneint.

**TOP 7.12. Spielplatz Friedrichshagen**

06/1306 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B679-25/18

**Herr Krüger**

. befürwortet die Vorlage. Hier werde das Angebot der Ortsteilvertretung in Richtung Verwaltung unterbreitet, dass sie aus ihrem OTV-Budget Geld hinzugeben und diesen Spielplatz zu Beginn auch selbst bewirtschaften.  
 . findet dieses Angebot sehr lobenswert.

**Herr Dr. Kasbohm**

. fasst zusammen, dass geprüft werden sollte, auf welcher Fläche ein Spielplatz errichtet werden könne und was beachtet werden müsse, um Schaden zu vermeiden.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Möglichkeiten der Errichtung eines Spielplatzes zur Verbesserung der Infrastruktur für den Ortsteil Friedrichshagen umsetzbar sind.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Herr Al Najjar und Herr Dr. Ott sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.13. Hausboote auf dem Ryck**

06/1307.2 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
 B680-25/18

**Herr Krüger**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

---

**Frau Socher**

. fragt für eine Bürgerin, wem ein pinkfarbenes Fahrrad gehöre, da dieses an das der Bürgerin angeschlossen worden sei und sie nicht wegkomme.

**Herr von Malottki**

. stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auf Unterbrechung der Sitzung, um der Bürgerin zu helfen.

Frau Socher lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	13	mehrheitlich	

**Herr Lange**

. sagt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage aufgrund der eingepflegten Änderungen nach den Fachausschüssen zustimmen werde.

**Herr Multhauf**

. weist darauf hin, dass der Ryck durch die möglichen Hausboote oder schwimmfähigen Hauspontons noch schmaler werde.

Man hätte dieses Projekt vorher im Greifswalder Sportbund vorstellen sollen.

. hält das Projekt nicht für prüfungswert und werde ablehnen.

**Herr Dr. Rose**

. sagt, dass in der Vorlage keineswegs berücksichtigt werde, dass der Ryck ein Naturraum sei, der durch die Ausweitung von Baugebieten nicht belastet werden sollte.

. pflichtet Herrn Multhauf bei und spricht sich gegen die Prüfung des Projektes aus.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„ Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister bei der Sanierung und dem Ausbau der Hafenstraße im Bereich des B-Plan 55 und in weiteren Bereichen des Rycks zu prüfen, ob es möglich ist Dauer- und Kurzzeitliegeplätze für Hausboote **und schwimmfähige Hauspontons** zu schaffen.*

*Hierbei soll im Wesentlichen geprüft werden, welche rechtlichen, baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um das dauerhafte Anlegen von Hausbooten auf dem Ryck zu ermöglichen. Für den Bereich des B-Plan 55 sollten die Investoren bei der Prüfung mit einbezogen werden.*

*Ein Maßnahmen- und Kostenplan ist dem Bauausschuss bis Ende des 1. Quartals 2019 vorzulegen“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	10	einige

*Herr Liedtke, Herr Dr. Ott und Frau Lüptow sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.*

**TOP 7.14. Priorisierung Barrierefreier Ausbau Bushaltestellen Greifswald**

06/1308 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B681-25/18

**Herr König**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Multhauf**

. wird dieser Beschlussvorlage zustimmen.  
. weist darauf hin, dass vorher noch andere Probleme behoben werden müssten. Beispielsweise werde seit Jahren darum gekämpft, dass in der Karl-Krull-Straße ein Buswartehäuschen errichtet oder der Gehweg bei der Haltestelle erneuert werde.

**Herr von Malottki**

. sagt, dass die SPD-Fraktion diese Beschlussvorlage begrüße. Bei einer Busrundfahrt mit den Stadtwerken Greifswald sei deutlich geworden, dass es gerade für Menschen mit Einschränkungen ein wichtiges Thema sei, die Haltestellen zu verbessern. Außerdem bestehe derzeit die Chance, Fördermittel in Höhe von 80 Prozent zu erhalten.  
. macht deutlich, dass bis 2019/20 die stark frequentierten Bushaltestellen saniert werden sollen.

**Frau von Busse**

. erklärt, dass die Vorlage derzeit besage, dass alle Bushaltestellen in ganz Greifswald bis 2023 geprüft werden sollen und eine Prioritätenliste erstellt werden müsse.  
1. Es gebe keine rechtliche Verpflichtung für die Stadt dies bis 2023 durchzuführen. Wenn dies so in die Vorlage formuliert wäre, wäre dies eine konexe Aufgabe und das Land müsste der Stadt die Kosten erstatten.  
2. Befürworte sie die Einschränkung, die stark frequentierten Bushaltestellen zuerst zu sanieren. Dies sei bisher auch teilweise schon im Zuge von Umbaumaßnahmen der Straßen umgesetzt worden.

**Herr Wilde**

. meint, dass die Beschlussvorlage nicht notwendig sei, da die Bürgerschaft bereits einen fast gleichlautenden Beschluss „Nahverkehrsbeirat“ gefasst habe. Im Nahverkehrsplan sei dieses Thema aufgegriffen und festgelegt worden, wie man damit umgehen wolle. Es gebe kein Haltestellenkataster, sondern lediglich eine Haltestellenerfassung des Verkehrsbetriebes Greifswald. Barrierefreiheit beinhalte jedoch weitaus mehr, als der ebenerdige Zugang. Dahingehend müsse die Haltestellenerfassung zu einem Haltestellenkataster qualifiziert werden. Dies sei bereits in Bearbeitung. Die Umsetzung könne jedoch nicht bis zum Sommer 2018 erfolgen.

**Herr Krüger**

. weist Herrn Wilde darauf hin, dass im Beschlusstext nicht das Wort „muss“ verwendet worden sei, sondern die Umsetzung „soll“ bis zum Jahr 2023 erfolgen. Wenn dieser Zeitpunkt nicht umsetzbar sei, müsse die Verwaltung es dementsprechend begründen.  
Der Termin Sommer 2018 sei angedacht, da ein Doppelhaushalt wieder vor der Tür stehe und in diesem sowohl die Prioritätenliste als auch beispielsweise die zuständige Personalstelle dort verankert werden solle.

**Herr Madjarov**

. stellt klar, dass die Priorisierung möglichst bald benötigt werde.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„ Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Hinzuziehung der AG „Barrierefreiheit“ eine Priorisierung der Greifswalder Bushaltestellen bezüglich ihres barrierefreien Ausbaus vorzunehmen. In der Prioritätenliste sollen die zu erwartende Höhe der Kosten für den Ausbau sowie ein möglicher Zeitraum für den Ausbau angegeben werden.*

*Ziel soll es sein, dass alle Greifswalder Bushaltestellen bis zum Jahr 2023 barrierefrei sind. Der Oberbürgermeister soll hierzu mit der Firma Ströer Gespräche führen, inwieweit diese dazu beitragen kann, alle Bushaltestellen Greifswalds innerhalb der nächsten fünf Jahre nach Priorität barrierefrei zu gestalten. Sollte ein für die Stadt kostenloser Umbau nicht möglich sein, soll die Einwerbung von Fördermitteln und eine finanzielle Beteiligung des Landkreises geprüft werden.*

*Die Prioritätenliste soll bis Sommer 2018 den Gremien vorgelegt werden.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	2

*Herr Ziola verlässt die Sitzung der Bürgerschaft.*

#### TOP 7.15. Bekämpfung der Wildschweinplage in Greifswald

06/1309.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B682-25/18

**Frau Heinrich**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Jochens**

. berichtet, dass die Jagdgenossenschaft auf dem Stadtgebiet von Greifswald eine Ablenkfütterung und vier Hochstände eingerichtet hätte. Jedoch habe man die Ablenkfütterung eingekotet und die Hochstände angesägt vorgefunden. Daher sei es auf diesem Gebiet nicht mehr möglich gewesen, die Wildschweine abzulenken. Demzufolge seien die Schweine dann direkt im Ortsteil Eldena auf der Straße gewesen und mussten durch die Polizei vertrieben werden. Die Rotte habe sich dann geteilt – eine sei im Bereich des Strandbades ansässig geworden. Bei der ganzen Maßnahme müsse an die Bevölkerung appelliert werden.

**Frau Dr. Wölk**

. berichtet aus der Sitzung der Ortsteilvertretung Wieck/Ladebow, dass es dort ebenfalls große Probleme mit den Wildschweinen gebe. Die Schweine würden die Gärten umgraben und den Kindern auf ihren Schulwegen begegnen.

. hält es für wichtig, Informationsveranstaltungen durchzuführen.

. ist die Behebung der Ursache wichtig. Sicher lasse sich nicht von heute auf morgen ein komplettes Umdenken in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung umsetzen, aber man könne gemeinsam mit den Pächtern und Verpächtern der umliegenden Flächen und Felder an einer nachhaltigeren Bewirtschaftung arbeiten.

. bittet den Oberbürgermeister in Gesprächen mit dem Landkreis auch die Ideen aus der Greifswalder Agrarinitiative mitzunehmen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister:*

*1. In den verschiedenen betroffenen Stadtteilen Einwohnerversammlungen oder Informationsveranstaltungen durchzuführen, um über die verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wildschweinplage zu informieren.*

*2. Der Bürgerschaft für die Haushaltsdebatte 2019/20 geeignete Instrumente vorzustellen, wie die kommunale Forstwirtschaft gestärkt werden kann um anstehenden zusätzliche Aufgaben zu bewältigen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	3

#### TOP 7.16. Schaffung von ausreichenden Kita-Plätzen

06/1310.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.  
B683-25/18

**Herr Dr. Kerath**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

**Herr Krüger**

. bringt den Änderungsantrag ein:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister schnellstmöglich mit den zuständigen Stellen beim Landkreis Vorpommern-Greifswald nachfolgendes zu erwirken:*

1. Ein Konzept über die Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen vorzulegen.
2. Eine Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen für die Jahre 2018 – 2022 durchzuführen.
3. Im Falles eines Fehlens an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen ein detailliertes Konzept zur Lösung unter Einbeziehung von freien Trägern bis zum 04. Juni 2018 vorzulegen.
4. Einen Vorschlag, wie alle im Bereich der UHGW tätigen Träger von Kindertageseinrichtungen, Tagesmütter und Tagespflegestellen zur Teilnahme am Kitaportal - des Landkreises Vorpommern-Greifswald – verpflichtet werden können.
5. Einen gemeinsamen öffentlichen Kitagipfel z.B. mit VertreterInnen des Eigenbetriebes Hansekinder, der freien Träger, der Stadtverwaltung der UHGW, der Verwaltung des Landkreises V-G und den zuständigen ElternvertreterInnen (z.B. GER) durchzuführen.“

. ergänzt unter Punkt 5 „Einen gemeinsamen **öffentlichen** Kitagipfel...“.

Die SPD-Fraktion übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4.

**Herr Dr. Meyer**

. fragt, ob es rechtlich möglich sei, die genannten Personen zu verpflichten, an dem Kitaportal (Punkt 4) teilzunehmen. Es könne ja sein, dass ein freier Träger daran kein Interesse habe oder nicht wolle. Beispielsweise nehme eine Kindertagesstätte der Universität vorrangig Kinder der Universitätsangehörigen auf oder Geschwisterkinder werden vorrangig aufgenommen. Daher sei das Zugriffsverfahren möglicherweise nicht ganz durchdacht.

**Herr von Malottki**

. ergänzt, dass der zuständige Dezernent aus dem Landkreis zugesichert habe, dass der Kitagipfel stattfinden werde. Der Kreis überlege derzeit, wie man Punkt 4 rechtssicher gestalten könne. Eine Möglichkeit könnte die Leistungsvereinbarung sein.  
 . sichert zu, dass auch der Kreistag diese Angelegenheit kritisch begleiten werde.

Frau Socher lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister schnellstmöglich mit den zuständigen Stellen beim Landkreis Vorpommern-Greifswald nachfolgendes zu erwirken:*

1. Ein Konzept über die Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen vorzulegen.
2. Eine Ermittlung des tatsächlichen Bedarfes an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen für die Jahre 2018 – 2022 durchzuführen.
3. Im Falles eines Fehlens an Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen ein detailliertes Konzept zur Lösung unter Einbeziehung von freien Trägern bis zum 04. Juni 2018 vorzulegen.
4. Einen Vorschlag, wie alle im Bereich der UHGW tätigen Träger von Kindertageseinrichtungen, Tagesmütter und Tagespflegestellen zur Teilnahme am Kitaportal - des Landkreises Vorpommern- Greifswald – verpflichtet werden können.
5. Einen gemeinsamen öffentlichen Kitagipfel z.B. mit VertreterInnen des Eigenbetriebes Hansekinder, der freien Träger, der Stadtverwaltung der UHGW, der Verwaltung des Landkreises V-G und den zuständigen ElternvertreterInnen (z.B. GER) durchzuführen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen mehrheitlich	Nein-Stimmen 1	Enthaltungen 4
----------------------------	-------------------	-------------------

**TOP 8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

keine

**TOP 9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

**Herr König**

. bittet unter Bezugnahme auf einen Bericht im NDR – ebenso auf einen Bericht „Der Zeit“ (2016) - zu elektronischen Aktivitäten von Herrn Kramer, die in die Thematik Drittes Reich einzuordnen sind, um Diskussion in den Fraktionen, insbesondere in der CDU-Fraktion.

*Herr Dr. Rose hat während dieses TOPs die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.*

**TOP 10. Mitteilungen der Präsidentin**

**Frau Socher**

. erinnert an die 30-jährige Städtepartnerschaft zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Osnabrück.

. bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, auf die Anfrage von Frau Freitag positiv zu antworten.

**TOP 11. Schluss der Sitzung**

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:38 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher  
Präsidentin

Sarah Wiesenberg  
Sachbearbeiterin  
Sitzungsdienst  
Bürgerschaft

**Anlagen:**

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse